

Landeshauptstadt Stuttgart
Der Oberbürgermeister
GZ: OB 0033 - 00

Stuttgart, 28.02.2012

Stellungnahme zum Antrag

Stadträtinnen/Stadträte – Fraktionen

Kotz Alexander (CDU), Dr. Nopper Klaus (CDU), Mayer Fabian (CDU)

Datum

26.09.2011

Betreff

Entlarven statt Hinnehmen -
Geschulter Umgang mit politischem Extremismus im Internet

Anlagen

Text der Anfragen/ der Anträge

Kinder und Jugendliche können auf vielfältige Art und Weise in Kontakt zu extremistischem Gedankengut kommen. Zusätzlich zu den klassischen Möglichkeiten der Einflussnahme wie Musik, Bücher und Zeitschriften, Flyer, Aufkleber, Veranstaltungen und Szenetreffs spielt das Internet eine immer stärkere Rolle bei der Verbreitung extremistischen Gedankenguts jeglicher Art. Die nachfolgende Darstellung macht deutlich, welche Maßnahmen in der Landeshauptstadt Stuttgart getroffen werden, um vorrangig Kinder und Jugendliche aufzuklären, zu sensibilisieren und zu schützen.

Nach Mitteilung des Polizeipräsidiums Stuttgart stellt die Landeshauptstadt Stuttgart keinen Schwerpunkt im Bereich des Rechtsextremismus dar. Die hier festgestellten Straftaten sind Einzeldelikte, die keinen organisierten Hintergrund erkennen lassen. Schwere Straftaten und rechte Zusammenkünfte oder Konzerte fanden in den letzten Jahren eher im ländlichen Raum statt. In Stuttgart sind aktuell keine verfestigten oder gar organisierten rechtsextremistischen Strukturen erkennbar. Durch die permanente operative Auswertung des polizeilichen Staatsschutzes werden kritische Entwicklungen frühzeitig erkannt und in enger Abstimmung – u. a. mit den Trägern der Jugendarbeit – geeignete Maßnahmen getroffen.

Zur Thematik wurden neben dem Polizeipräsidium Stuttgart das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, der Stadtjugendring, die Stuttgarter Jugendhaus gGmbH, das Jugendamt sowie die Stabsstelle „Koordination in der kommunalen Kriminalprävention“ beim Referat für Recht, Sicherheit und Ordnung befragt. Das Ergebnis im Einzelnen:

Frage 1: Welche spezifischen Maßnahmen werden in Stuttgarter Schulen durchgeführt, um politische Inhalte im Netz beurteilen und einordnen zu können?

In die Beantwortung der Frage 1 werden die Ergebnisse zu den Fragen 2 a und 2 b eingearbeitet, da die Aufklärungs- und Präventionstätigkeiten verschiedener Träger inhaltlich eng verzahnt sind und sich nur in der Methode unterscheiden. Die Fragen zu Ziffer 2 lauten:

Frage 2 a: Wie gehen Jugendorganisationen wie etwa die Jugendhausgesellschaft, der Stadt-Jugendring etc., die Treffpunkt vieler Jugendlicher unterschiedlicher Sozialisation sind, mit der Thematik um?

Frage 2 b: Gibt es Kurse, Anleitungen o.ä. zum richtigen Umgang mit dem Internet und seinen sozialen Austauschmöglichkeiten im Hinblick auf die demokratische Festigung der jungen Staatsbürger?

Die befragten Organisationen bieten eine Vielzahl von Maßnahmen zu diesem Themenbereich an. Dabei werden unterschiedliche Zugangsformen gewählt: Häufig erfolgt der Zugang zu den Kindern und den Jugendlichen über die Schulen. Sofern die befragten Organisationen eigene Treffpunkte für Jugendliche anbieten, werden dort Workshops zum Thema Extremismus und Fortbildungsveranstaltungen zu allen Gefahren des Internets durchgeführt. Dies ist zum Beispiel bei der Stuttgarter Jugendhaus gGmbH der Fall. Weitere Zugangswege sind Vorträge im Rahmen der Weiterbildung von den in der Jugendarbeit tätigen Mitarbeitern sozialer und karitativer Einrichtungen, bei Volkshochschulen und Vereinen, Bürgerbündnissen sowie bei Gemeinde- und Stadtverwaltungen. Broschüren, Aufklärungsfilme, CDs und DVDs mit Aufklärungsmaterial sowie eine Vielzahl von Homepages, die über das Internet Aufklärungsarbeit ermöglichen und Informationen zugänglich machen, gehören ebenso zum Breitenpektrum der Aufklärung wie alternative Stadtrundgänge und Stadtrundfahrten mit dem Fokus Extremismus und Gespräche zwischen Jugendlichen und ehemaligen KZ-Inhaftierten.

Die Angebotspalette zur Aufklärung vor Extremismus jeglicher Art reicht von lokalen Aktionen wie z. B. Schulaktionstage oder Maßnahmen der Stadtteilakteure wie Vorträge über stadtweite Angebote von der Caritas, der EVA, der Stuttgarter Jugendhaus gGmbH, dem Stadtjugendring und vielen anderen, bis hin zu landesweiten Maßnahmen wie dem Netzwerk „Kindermedienland Baden-Württemberg“ und bundesweiten Aktionen wie „Jugendschutz.net“.

Sowohl in der Methodik, als auch in der Trägerschaft gibt es ein sehr breites Angebotsspektrum in der Landeshauptstadt. Nachfolgend werden einige Angebote detailliert vorgestellt:

Medienfluten

Im Rahmen des Schulunterrichtes setzen sich die Kinder mit ihrem Medienkonsum auseinander, diskutieren und reflektieren über Medien sowie gesellschaftliche und persönliche Werte. Dabei wird auch das eigene Verhalten kritisch hinterfragt. Da viele Eltern den Medienkonsum hilflos oder gleichgültig gegenüberstehen, werden sie in einer extra Einheit beschult. „Medienfluten“ dient auch als Fortbildung für Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter, die das Thema dann selbständig vertiefen können.

Das Modul für die Schülerinnen und Schüler ist seit dem Schuljahr 2011/2012 wegen Wegfall der Finanzierung nicht mehr im Angebot; die Schulungen für Lehrer, Sozialarbeiter und Eltern werden fortgesetzt.

101-Schulen

Die Initiative Kinder-Medienland BW bietet mit dem Projekt „101-Schulen“ in Baden-Württemberg die Möglichkeit, sich zum Thema Medienkompetenz weiterzubilden. Aus Stuttgart sind bei dieser neuen Initiative bislang sieben Schulen beteiligt. Aus zehn Veranstaltungsmodulen werden Veranstaltungen zusammengestellt, die z. B. die Themen Sicherheit im Netz (Foren, Chats), Gewalt und Pornografie im Internet abdecken. Auf Wunsch wird auch das Thema Extremismus behandelt. Durchgeführt wird das Projekt vom Landesmedienzentrum BW.

Workshop zur Medienkompetenz

„tipsntrips Jugendinformation Stuttgart“ veranstaltet Workshops zur Medienkompetenz im Rahmen der Berufsorientierung. Das Thema Extremismus wird dabei am Rand behandelt, es geht jedoch bei den Workshops generell um mögliche Risiken bei der Internetnutzung. Der Schwerpunkt liegt auf Schutz der Privatsphäre, Cybermobbing und soziale Netzwerke.

„Youth Democracy“

Bei dem Projekt, welches mit dem Jugendbildungspreis BW 2009 ausgezeichnet wurde, ging es um die Fortbildung Jugendlicher im Hinblick auf demokratische Beteiligung, Partizipation und Demokratie. Das Projekt wird aktuell nicht fortgeführt, es wird jedoch versucht, das Nachfolgeprojekt ab 2012 einzuführen.

Medienkompetenz beim Stadtjugendring Stuttgart

Für Jugendleiterinnen und Jugendleiter der Gruppen in den Mitgliedsverbänden des Stuttgarter Jugendrings werden Schulungen durchgeführt, die das Thema betreffen. Hierzu gehören Inhalte wie „Sichere Nutzung sozialer Netzwerke wie Facebook oder SchülerVZ“, „Medienkompetenz für das Web“ und „Politische Partizipation im Internet“. Um möglichst alle Bevölkerungsgruppen zu erreichen liegt die Verantwortung dieser Schulungen bei unterschiedlichen Organisationen. Das Jugendrotkreuz sowie die Jugendverbände der Aleviten, der Eritreer sowie der Slowenen gehören dazu.

Projekt Click

Der deutsch-türkische Jugend-, Kultur- und Freundschaftsverein bildet ehrenamtliche Jugendleiterinnen und Jugendleiter zu Medienmultiplikatoren aus, die erworbene Kompetenzen in einzelne Jugendgruppen tragen können. Ein Teil der Ausbildung widmet sich dem Thema „Extremismus im Netz“.

Vorträge des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV)

Das Internetkompetenzzentrum des LfV durchsucht das Internet nach extremistischen Inhalten und wertet diese aus. Auf Basis dieser Kenntnisse werden Präventionsschulungen, insbesondere an Haupt- und Berufsschulen sowie im Rahmen der Lehrerfortbildung durchgeführt. Zielgruppen der Aufklärungsarbeit durch Vorträge

sind Multiplikatoren wie Schulleiter, Musikpädagogen, Gewaltpräventionsbeauftragte und Schulte. Die Weiterbildung von in der Jugendarbeit tätigen Mitarbeitern sozialer und karitativer Einrichtungen gehört ebenso zur Aufklärungstätigkeit des LfV wie das Erstellen und Verteilen von Informationsbroschüren und CDs zu aktuellen Themen. Intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie die Mitarbeit an Dokumentarfilmen runden das Angebot ab.

Gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung BW wurde das Projekt „Team MeX mit Zivilcourage gegen Extremismus“ durchgeführt. Jugendliche sollen dazu befähigt werden, Extremismus in seinen unterschiedlichsten Ausprägungen zu erkennen und kritisch damit umzugehen. Da die Finanzierung (1 Mio. Euro der Baden-Württemberg-Stiftung) nur für die Erstellung der Konzeption und die Durchführung für die Schuljahre 2009 bis 2011 ausreichte, die Anschlussfinanzierung jedoch nicht gesichert wurde, findet das Projekt derzeit keine Fortsetzung.

Schule ohne Rassismus mit Courage

Bei der deutschlandweiten Aktion setzten sich bisher an rund 1.000 Schulen mehr als 750.000 Schüler und Schülerinnen für einen Klimawechsel an ihrer Schule und für ein demokratisches Miteinander ein. Im Juni 2011 fand im Rahmen dieser Aktion im Jugendhaus CANN ein Konzert statt, welches von der SMV des Gottlieb-Daimler-Gymnasiums in Kooperation mit der Stuttgarter Jugendhaus gGmbH veranstaltet wurde.

lernort-gedenkstätte

Diese Einrichtung der Stuttgarter Jugendhausgesellschaft zur historisch-politischen Bildung klärt über den Nationalsozialismus und seine Massenverbrechen auf, stellt Bezüge zwischen Vergangenheit und Gegenwart her, integriert Aspekte emotionalen und kognitiven Lernens und ermöglicht entdeckendes Lernen, welches Eigeninitiative und Selbständigkeit fördert. Die Erziehung zum aktiven Demokratieverständnis, das Eintreten gegen Extremismus und Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit, Gruppenzwang und Gewalt finden dabei Berücksichtigung.

Wölfe im Schafspelz

Die Informationskampagne der Polizei klärt über aktuelle Erscheinungsformen des Rechtsextremismus auf. Zielgruppe sind Schülerinnen und Schüler weiterführender Schulen. „Wölfe im Schafspelz“ macht auf Formen der Anwerbung durch rechtsextreme Gruppierungen aufmerksam und regt zugleich zur selbständigen Beschäftigung mit dem Thema an. Dazu wurde an alle weiterführenden Schulen ein Medienpaket verschickt, das aus einer DVD mit dem Spielfilm Platzangst und der Dokumentation „Rechtsextremismus heute – zwischen Agitation und Gewalt“ besteht. Ein Filmbegleitheft sowie weiterführende Informationen für die aktive Auseinandersetzung im Unterricht runden das Angebot ab.

Braune-Maus.de

Ab 2012 werden Jugendliche geschult, rechtspopulistische und rechtsextreme Äußerungen im Internet zu erkennen und entsprechend zu reagieren. Jugendliche sollen hier nicht generell im Umgang mit dem Internet geschult werden, sondern demokratiefeindliche populistische Inhalte erkennen können, die sich auf den ersten Blick

demokratisch geben und für junge Menschen nicht sofort als rechtsgerichtete Seiten zu erkennen sind. Hierzu gehört z. B. die Kampagne „Todesstrafe für Kinderschänder“, die sich beim genaueren Hinsehen als NPD-Angebot entpuppt.

Ergänzender Hinweis

Durch die starke interkulturelle Ausrichtung des Stadtjugendrings kommen dort auch Themen im Umfeld des Extremismus zur Sprache, die im vorliegenden Antrag nicht abgefragt wurden wie z. B. islamistische Inhalte im Netz.

Frage 3 a:

Welche Vorschläge und Forderungen seitens des Landesverfassungsschutzes oder etwa der Landeszentrale für politische Bildung oder der Jugendarbeiter in Jugendzentren oder der Lehrer- und Elternschaft bestehen zur nachhaltigen Beschäftigung mit diesem Thema im Sinne der Jugendlichen?

Von den genannten Institutionen wurden keine speziellen Forderungen auf die Anfrage mitgeteilt. Die im kriminalpräventiven Netzwerk der Stadt Stuttgart tätigen Organisationen teilen dem Leiter der Stabstelle RSO/KKP jedoch regelmäßig Folgendes mit: Das Internet bietet virtuellen Raum für reale Gefahren extremistischer Ideologien. Dem muss durch Aufklärung und Sensibilisierung entgegengetreten werden. Lag ursprünglich der Focus der Aufklärungstätigkeit ausschließlich bei Kindern und Jugendlichen als hauptsächlichen Usern des Internets, so hat sich dies mittlerweile etwas geändert: Aufklärungsmaßnahmen haben nur dann nachhaltigen Erfolg, wenn auch das soziale Umfeld eingebunden ist. Kinder und Jugendliche bewegen sich souverän im Netz. Auf Grund ihrer Fertigkeiten und der zum Teil großen Zeitspannen, die vor dem Computer verbracht werden, können sie rasch auf gefährdende Internetseiten stoßen, die den Eltern nicht bekannt und bewusst sind. Daher wird in Aufklärungskampagnen zu extremistischen Gefahren im Internet immer öfter ein umfassender Ansatz gewählt, der getrennte Module für Eltern und Schülerinnen und Schüler anbietet. Experten unterschiedlicher Organisationen empfehlen daher Programme mit entsprechenden Elternmodulen auszustatten.

Frage 3 b

Besteht eventuell sogar eine diesbezügliche Arbeitsgruppe zwischen Lehrern und Elternvertretern in Stuttgart?

Eine solche Arbeitsgruppe ist nicht bekannt.

Frage 4

Welche Ansatzpunkte sieht die Stadtverwaltung, konkret vor Ort in den Institutionen der Jugendlichen (Schulen, Jugendhäuser etc.), die Demokratie als effektivstes Mittel gegen Rechts- und Linksextremismus zu verfestigen und junge Menschen in ihrer geistigen Widerstandsfähigkeit gegen die Vereinnahmung durch politisch extreme Gruppierungen zu stärken?

Die Stadtverwaltung kommt nach der Expertenbefragung zu folgendem Ergebnis: Demokratieverständnis kann nicht im Rahmen eines einzelnen Workshops erworben oder gar verfestigt werden. Es ist vielmehr erforderlich, dass sich Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene regelmäßig aktiv mit Demokratie und Demokratiegefahren auseinandersetzen. Familiäres Umfeld und schulische Ausbildung sind hier die beiden tragenden Säulen. Die Rückmeldungen der befragten Organisationen geben keine Hinweise darauf, dass ein grundsätzlicher Mangel an Demokratieverständnis oder gar Demokratiefeindlichkeit vorliegt.

Demokratiefeindliche bzw. extremistische Einstellungen lassen sich jedoch nicht immer gleich als solche erkennen. Daher ist es erforderlich, dass das extremistische Angebot in all seinen Facetten beobachtet und ausgewertet wird. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse müssen an Aus- und Fortbilder weitergeleitet werden. Wegen der schlechten Kontrollmöglichkeiten im Internet wird dieses Medium bevorzugt genutzt, um extremistisches bzw. demokratiefeindliches Gedankengut zu publizieren. Besonders Kinder und Jugendliche müssen in ihrer Wahrnehmung für solche Inhalte geschult und für die Gefahren sensibilisiert werden. Hierfür gibt es in Stuttgart ein großes Angebot (siehe Antwort zu Frage 1 und 2).

Für diese Zwecke ist es nicht förderlich, dass im Projekt Medienfluten der Caritas Stuttgart das Modul für Schülerinnen und Schüler nicht fortgesetzt werden kann, weil die finanziellen Mittel hierfür nicht länger zur Verfügung stehen. Auch das vom Stadtjugendring 2010 beantragte Projekt „Jugendmedienschutz im Jugendverband“ wurde vom Projektmittelfonds Zukunft der Jugend nicht bewilligt. Hier könnte geprüft werden, inwieweit eine finanzielle Unterstützung erforderlich ist und gewährleistet werden kann.

Frage 5

Erkennt die Stadtverwaltung Handlungsbedarf, besagte Gefahren über die Ebene der kommunalen Verbände (Städtetag etc.) auch auf der politischen Ebene der EU zu thematisieren, mit dem Ziel, eine grundlegende europaweite Strategie zum Schutze der Jugendlichen vor rechts- (und links)extremer Vereinnahmung durch soziale Netzwerke im Internet zu entwickeln?

Es wäre zu begrüßen, wenn auch auf europäischer Ebene diesbezügliche Initiativen ergriffen würden. Die in Stuttgart unternommenen Anstrengungen sind umfassend und gut. Dennoch wurde von einigen Experten weiterer Bedarf erkannt und mitgeteilt (siehe Antwort zu Frage 4).

Dr. Wolfgang Schuster

Verteiler
<Verteiler>